

„SÜDSCHLESWIG“?

Eine Entgegnung
auf den Antrag des Südschleswigschen Wählerverbandes
auf Bildung eines selbständigen Landes „Südschleswig“

VON MINISTERPRÄSIDENT
HERMANN LÜDEMANN

25. August 1948

„SÜDSCHLESWIG“?

Eine Entgegnung
auf den Antrag des Südschleswigschen Wählerverbandes
auf Bildung eines selbständigen Landes „Südschleswig“

VON MINISTERPRÄSIDENT
HERMANN LÜDEMANN

25. August 1948

Am 5. August 1948 hat die britische Militärregierung den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) als politische Partei in Schleswig-Holstein anerkannt. Zwei Tage später, am 7. August, hat diese neue Partei dem Ministerpräsidenten Lüdemann, in seiner Eigenschaft als Vorsitzenden des Ausschusses zur Überprüfung der Ländergrenzen, abschriftlich in englischer Sprache einen Antrag überreicht, der die Bildung eines selbständigen Landes Südschleswig fordert. Die Art, mit der die neue Partei auftritt, wird dadurch charakterisiert, dass dieser Antrag an die Oberkommandierenden der westlichen Besatzungszonen gerichtet und diesen unter Umgehung der Landesregierung Schleswig-Holsteins unmittelbar zugeleitet worden ist. Im Antrag ist das eigentliche Ziel, Südschleswig aus dem deutschen Staatsverband anzugliedern, geschickt verschleiert. Die Begründung ist so haltlos, dass sich eine ernsthafte Erörterung eigentlich erübrigt. Bei der Bedeutung der Angelegenheit jedoch hält die Landesregierung eine knappe Darstellung der Südschleswig-Frage, wie sie sich seit dem Zusammenbruch 1945 entwickelt hat, für erforderlich.

Am 8. Mai verfügten die dänischen Organisationen im deutschen Schleswig insgesamt über wenige tausend Mitglieder, den Bestand der alten dänischen Minderheit, wie er seit 1920 im wesentlichen konstant geblieben war. Der bedeutendste unter diesen Vereinen war die seit 1920, zuletzt mit Kreisorganisationen in Flensburg (Stadt und Land), Südtondern, Husum, Eiderstedt, Schleswig, Aukernförde und Rendsburg-Nord bestehende Schleswigsche Vereinigung (Slesvigske Forening). Unter dem Druck der deutschen Not setzte alsbald ein starker Zulauf aus der bisher deutschgesinnten Bevölkerung ein. Der Schleswigsche Verein, dem dieser Zulauf offenbar selbst nicht geheuer war, verhängte zunächst eine Aufnahmesperre, die er am 1. Januar 1946 wieder aufhob. An diesem Tage betrug seine Mitgliederzahl 11.801. Sie stieg bis zum 1. April auf 27.581, bis zum 1. Juli auf 46.849 und bis zum 1. Oktober auf 60.558.

In der Zwischenzeit waren Verhandlungen mit der Militär-Regierung aufgenommen worden mit dem Ziel, eine gesicherte Rechtsgrundlage für die dänische Organisationsarbeit zu erhalten. Sie hatten das Ergebnis, dass am 15. November 1946 die "Südschleswigsche Vereinigung", "Sydslesvigsk Forening", (SSV), als einzige anerkannte Organisation der dänischen Minderheit konstituiert werden konnte. Die zahlreichen, bisher selbständig nebeneinander bestehenden Vereine wurden in diese Vereinigung überführt, die durch ihre Satzung, unter ausdrücklicher Ausschliessung jeder politischen Betätigung, auf die Vertretung der kulturellen Interessen ihrer Mitglieder beschränkt wurde. Die SSV hatte am 1. Januar 1947 rund 66.000 Mitglieder. Dann verlangsamte sich das Tempo des Wachstums. Am 1. Juli 1948 war eine Mitgliederzahl von 75.373 erreicht.

Obgleich die Vereinigung zur Wahl von Vertretern in die örtlichen Vertretungskörperschaften innerhalb ihres Organisationsbereichs (Südschleswig bis zur Eider) zugelassen war, obgleich sie auch an den Landtagswahlen sich beteiligen konnte, hat sie gleichwohl vom ersten Tage an eine besondere politische Organisation neben der kulturellen angestrebt und diese nunmehr im SSV erhalten.

Das Programm der neuen Partei verschweigt gemäss den von der Militärregierung gestellten Bedingungen das separatistische Endziel; es beschränkt sich, ebenso wie die hier besprochene Eingabe, auf die Forderung eines selbständigen Landes Südschleswig in der britischen Zone Deutschlands. Es steht jedoch ausser Zweifel - und führende Vertreter dieser Partei haben es gesprächsweise zugegeben - dass man die Bildung eines Landes, das als von vornherein lebensunfähig erkannt ist und gewollt wird, nur als Vorstufe anstrebt, um nach Entfernung (oder Entrechtung) der Flüchtlinge später die einheimische Bevölkerung über einen Anschluss an Dänemark abstimmen zu lassen. Diese weitreichenden, nicht ausgesprochenen Perspektiven sind es und nicht die der Eingabe beigegebenen, unschwer zu widerlegenden "Gründe", die es notwendig machen, die Gesamtfrage aufzurollen.

Geschichtliche Entwicklung

Die deutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein bildeten bis 1864 einen Teil des dänischen Gesamtstaates, der ausserdem Norwegen und den Südtteil Schwedens (Schonen) umfasste. Die schleswig-holsteinischen Stände wählten auf dem Landtage zu Ripen 1460 den dänischen König zum Herzog unter der Voraussetzung, dass "Schleswig und Holstein schoelen bliwen to-samen up ewig ungedeelt." Dieser Vertrag beruhte darauf, dass in beiden Herzogtümern gemeinsames Denken und gleiches Volkstum vorhanden waren. Die machtpolitischen Bestrebungen von dänischer Seite, Schleswig in eine engere staatsrechtliche Verbindung mit Dänemark zu bringen, wurden von Schleswig-Holstein abgewehrt, besonders deutlich seit 1834. Die getrennt tagenden Ständeversammlungen der Herzogtümer haben bei jeder Zusammenkunft die Zusammenlegung der beiden Versammlungen beschlossen. Besonders lebhaft bestand dieser Wunsch in der schleswigschen Versammlung. Die Mehrheit der schleswigschen Ständeversammlung beantragte 1846 die Aufnahme Schleswigs in den Deutschen Bund, zu dem Holstein bereits seit 1815 gehörte. Damals zeigte sich in Schleswig-Holstein bis weit in das Dänisch sprechende Nordschleswig hinein eine klare Hinwendung zu Deutschland. 1848 erhob sich Schleswig-Holstein gegen Dänemark. Als nach der Niederlage 1851 die Herzogtümer im dänischen Staatsverband blieben, lehnte die Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung diese Entscheidung ab. Besonders stark war der Widerstand in Friesland und im südlichen Schleswig, eine Tatsache, die der dänische Historiker Lauritzen erst kürzlich ausdrücklich hervorgehoben hat. ("Tidsskrift" vom 15.6.1948). Als die Herzogtümer 1864 von Preussen-Österreich besetzt wurden, hoffte die Bevölkerung auf ein selbständiges Land im Deutschen Bund. Ihre Eingliederung in den preussischen Staat geschah gegen den Willen des Landes und wurde nicht nur in Schleswig, sondern auch in Holstein abgelehnt. Von einer Unterdrückung des Volkstums in den 60er und 70er Jahren kann jedoch nicht die Rede sein. So überliess Preussen im nördlichen Schleswig den einzelnen Kirchspielen die Entscheidung darüber, ob sie die Kirchsprache Dänisch oder Deutsch einführen wollten. Tatsächlich führte eine grössere Zahl von Gemeinden ohne Druck von aussen von der dänischen zur deutschen Schul- und Kirchensprache über. Gleichzeitig gingen bei

~~den Wahlen die dänischen Stimmen dauernd zurück:~~

1867	27.000	dänische Stimmen
1871	18.000	" "
1887	12.000	" "

Als Preussen 1888 dazu überging, den Gebrauch der dänischen Sprache in den Schulen Nordschleswigs zu verbieten, geschah dies gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung und der Regierungen in Schleswig-Holstein. Zweifellos hat diese Massnahme den Widerstand der dänischen Bevölkerung herausgefordert und schliesslich bewirkt, dass Nordschleswig bei der Abstimmung 1920 verloren ging.

Die Ergebnisse dieser Abstimmung sind:

In der <u>Ersten Zone</u> (Nordschleswig)	75 % für Dänemark
	25 % für Deutschland

In der Zweiten Zone (Stadt Flensburg
und die Landkreise Schleswig und
Südtondern)

20 % für Dänemark
80 % für Deutschland.

Die ursprünglich vorgesehene Abstimmung in der Dritten Zone wurde von Dänemark selbst abgelehnt.

Der frühere dänische Ministerpräsident Prof. Neergaard hat dazu bemerkt:

"Wir gingen mit der Grenze reichlich so weit nach Süden, als überhaupt dänischer Volksboden vorhanden war. Bereits vor dem Kriege von 1864 war die Bevölkerung in den Gebieten südlich dieser Linie" - (d.h. in dem heute umstrittenen Gebiet) - "klar und bewusst deutsch denkend und deutsch fühlend, zum grössten Teil sogar von bitterem Hass gegen Dänemark erfüllt. Erst nachdem Deutschlands Niederlage klar war und nachdem es klar geworden war, welchen elenden Bedingungen Deutschland für die Zukunft entgegen ging, erst dann ist bei einzelnen dort unten der Wunsch lebendig geworden, nach Dänemark zu kommen."

Wenn auch in den Jahren der Inflation die dänische Bewegung vorübergehend an Boden gewann, so schrumpfte sie doch nach 1924 schnell wieder zusammen, wie folgende Zahlen beweisen.

Dänische Stimmen

1920 - Abstimmung -	12.859
1921 - Landtagswahl -	4.723
1924 - Reichstagswahl -	6.761
1928	2.245
1930	1.671
1932	1.367

Daraus ergibt sich, dass in der Zeit des demokratischen Deutschlands bei völlig freiem Wahlrecht die Zahl der dänischen Stimmen ständig zurückgegangen ist, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ~~sehr~~ viel ungünstiger waren als im benachbarten Dänemark.

Damit ist die oft und auch in der Eingabe des SSW aufgestellte Behauptung, die dänisch Gesinnten hätten erst seit 1945 die Möglichkeit der freien Entscheidung, widerlegt.

Wenn nach 1933 die Zahl der dänischen Stimmen wieder leicht anstieg (auf 4.600), so hatte das innerpolitische Gründe. Damals suchten linksgerichtete Kreise, die dem Nazismus fründlich gegenüber standen, in den dänischen Vereinen Unterschlupf. Wer sich zur Minderheit bekannte, brauchte nicht den Hitlergruss auszuführen, nicht auf jeder Versammlung zu erscheinen und die Kinder nicht in die Hitlerjugend zu schicken. Die Verordnung der preussischen Regierung von 1928, in der der Grundsatz aufgestellt war "Dänisch, ^{ist} wer will", wurde im wesentlichen auch von der Regierung Hitlers aufrechterhalten. Von einer besonderen Bedrückung der dänischen Minderheit kann darum nicht gesprochen werden. Die Behauptung, dass die Südschleswiger sich 1945 zum ersten Male seit 1864 frei gefühlt hätten, ist nicht einmal für die nationalsozialistische Zeit aufrechtzuerhalten. In der 1945 erschienenen Jubiläumsschrift "I faedres spor" wird beispielsweise das Verständnis des Flensburger nationalsozialistischen Schulrats rühmend hervorgehoben und berichtet, dass man weder von der Regierung in Schleswig noch von Berlin etwas merke.

Der nationalsozialistische Oberbürgermeister von Flensburg erfüllte den von dem dänischen Schulverein gehegten Wunsch, auch an die öffentliche dänische Schule Lehrer dänischer Volkzugehörigkeit zu berufen (S. 40 ff.)

Vor 1945 bestand somit ein süd-schleswigisches Problem nicht, es gab keine Südschleswig-Frage.

II

Volkstum und Sprache

Die Behauptung, dass der grösste Teil der eingeborenen Bevölkerung dänischer oder friesischer Herkunft sei, ist in dieser Form nicht aufrecht zu erhalten. Vielmehr hat sowohl eine dänische Einwanderung aus dem Norden wie eine deutsche aus dem Süden stattgefunden. Kein ernsthafter Wissenschaftler wird daher die Bevölkerung des Landes in der Zusammensetzung von 1939 als dänischen Ursprungs bezeichnen. Man kann auch nicht die Bevölkerung blutsmässig aufteilen und klar scheiden, wer zu dem einen oder anderen Volk gehört. Ebensowenig lassen sich in der Gegenwart Grenzen nachziehen, die zu irgend einer früheren Zeit verschiedene Länder voneinander getrennt haben. Auch der immer wieder behauptete Gegensatz zwischen Schleswigern und Holsteinern ist nicht vorhanden.

Die Sprache der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ist in Schleswig wie in Holstein Plattdeutsch. Die plattdänische Sprache wird nur in der Umgebung von Flensburg und unmittelbar an der neuen Grenze von schätzungsweise 7.000 Personen gesprochen. An der Westküste wird Friesisch neben Plattdeutsch gebraucht. Diese ihrem Ursprung nach westgermanische Sprache ist stark im Rückgang begriffen. Nach den unbeeinflussten Angaben der Bevölkerung bei der Volkszählung 1946 gaben als ihre Muttersprache an : 98,5 % der Bevölkerung Deutsch, 1,12 % Dänisch. Die Friesisch sprechende Bevölkerung ist zahlenmässig nicht erfasst, sie ist in den 0,32 % derjenigen Bewohner Schleswigs enthalten, die eine andere Sprache als die deutsche oder dänische als ihre Muttersprache bezeichneten. Diese Zählung erfasste

die gesamte Bevölkerung, also einschliesslich der Flüchtlinge. Wenn man sie nur auf die einheimische Bevölkerung bezieht, beträgt der dänische Anteil auch nur höchstens 2 1/2 %. Bei den Zusammenkünften der Südschleswigschen Vereinigung wird fast ausschliesslich Hochdeutsch oder Plattdeutsch gesprochen. Die Wahlplakate sind in deutscher Sprache abgefasst. Bei dieser Sachlage kann die Forderung nach Gleichberechtigung der drei Sprachen kaum ernst genommen werden.

III

Die Demokratie in Schleswig-Holstein

- - - - -

Die Klagen über undemokratische Methoden der Kieler Regierung sind abwegig. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist eine rein sozialdemokratische. Echt demokratische Verhältnisse zu schaffen, ist für sie selbstverständliche Aufgabe. In Übereinstimmung mit ihren demokratischen Grundsätzen hat sie deshalb auch der Minderheit gegenüber weitherziges Entgegenkommen bewiesen, besonders in der Schulfrage.

Die Genehmigung von Schulen der dänischen Minderheit (SSV-Schulen) hatte sich zunächst die Militärregierung selbst vorbehalten. Erst seit dem 1. 8. 1947 ist das dänische Schulwesen durch Verordnung der Landesregierung geregelt. Danach können auf Wunsch der Elternschaft private dänische Schulen überall für mindestens 10 Kinder errichtet werden. Das Land trägt 60 % der Personalkosten. Die auf Grund dieser Verordnung gestellten Anträge hat die Landesregierung bisher ausnahmslos genehmigt. Die Zahl der privaten dänischen Schulen in Südschleswig ist seit 1947 von 9 auf 63 gestiegen, die Zahl der Schulkinder von 800 auf 14.500 und die Zahl der dänischen Lehrkräfte von 24 auf über 300.

Ein gleich grosses Entgegenkommen hat die Regierung in der Frage der Beibehaltung öffentlicher Schulen mit dänischer Unterrichtssprache bewiesen. Obgleich im dänischen Nordschleswig alle öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache haben schliessen müssen, hat die Landesregierung die Weiterführung

der öffentlichen Schulen mit dänischer Unterrichtssprache in Flensburg und Schleswig über den in der Schulverordnung gesetzten Termin vom 1. April 1948 hinaus genehmigt. Sie hat sich sogar damit einverstanden erklärt, dass auch in diesen öffentlichen Schulen dänische Staatsbürger als Lehrer tätig sein können, obgleich im dänischen Nordschleswig kein reichsdeutscher Lehrer unterrichten darf.

Im Jahre 1947 führte die SSV über 500 Veranstaltungen durch, die von Kräften aus Dänemark getragen wurden. Ungestört konnte sie ihre Jahresversammlungen abhalten. Um ein Weiteres zu tun, hat die Landesregierung an den deutschen Schulen im Grenzgebiet die dänische Sprache und im friesischen Sprachgebiet die friesische Sprache als Unterrichtsfach eingeführt.

In keinem Fall hat die Landesregierung in die Tätigkeit der Selbstverwaltungskörperschaften eingegriffen. Sie ist vielmehr bestrebt, die Selbstverwaltung zu stärken und auszubauen. Dass sie zwei Schulräte nicht bestätigt oder entlassen hat, weil sie offen separatistische Gedankengänge vertraten und somit ihrer Amtspflicht gröblich zuwiderhandelten, kann ihr nicht zur Last gelegt werden.

Es trifft also nicht zu, dass die "deutsche Herrschaft" Verbindungen zum nordischen Kulturkreis abgeschnitten hätte. Im Gegenteil! Seit 1943 ergiesst sich unter Ausnutzung der politischen und wirtschaftlichen Notlage Deutschlands ein gewaltiger Strom von Geld, Kulturgütern und Agitationsmaterial aus Dänemark nach Südschleswig. Zahlreiche reichsdänische Lehrer, Pastoren, Ärzte und Schwestern sind im Lande tätig. Tausende deutsche Schulkinder reisen jährlich nach Dänemark zur Erholung, um dadurch in dänisches Leben eingeführt zu werden. Die entsprechende Agitation durch Lebensmittelsendungen ist weltbekannt geworden. Der Gesamtaufwand an reichsdänischen Mitteln für diese Zwecke ist auf 30 Mill. Kronen jährlich zu veranschlagen.

Es kann nach alledem nicht bestritten werden, dass die dänische und neudänische separatistische Bewegung in Südschleswig sich in voller Freiheit entfalten kann

und entwickelt hat, während die deutsche Minderheit im dänischen Nordschleswig unter Bedingungen lebt, die auch nach dem Zeugnis angesehener Dänen bei weitem nicht so günstig sind.

IV

Ist "Südschleswig" lebensfähig?

Diese Frage ist ohne weiteres zu verneinen.

Mit etwa 5.130 qkm Fläche und 670.000 Einwohnern (vor dem Kriege etwa 380.000) wäre es das kleinste der westdeutschen Länder. Ein Vergleich mit Bremen oder gar Luxemburg ist völlig abwegig, da diese eine wesentlich günstigere Wirtschafts- und Sozialstruktur aufweisen. Während es sich bei Bremen um eine Welthandelsstadt und bei Luxemburg um ein hochindustrialisiertes Gebiet handelt, ist "Südschleswig" reines Agrarland. In einer Zeit, die allgemein zur Entwicklung grossräumiger Verwaltungseinheiten drängt, wäre die Bildung eines Zwerglandes geradezu widersinnig.

Aber auch rein fiskalisch wäre "Südschleswig" nicht instande, eine eigene Regierung und einen besonderen Verwaltungsapparat zu bezahlen. Jeder, der mit der Wirtschaft und Verwaltung verdrant ist, weiss, dass ein geschlossener Verwaltungsbezirk einen Mindestaufwand an persönlichen und sächlichen Ausgaben tragen muss, die von der Grösse des Landes relativ unabhängig sind. Die Länder sind heute ausserdem mit Zuständigkeiten ausgestattet, die die gegenwärtige Notlage bedingt und die nach unten nicht übertragen werden können, sondern in eigener Verantwortung von den Ländern verwaltet wahrgenommen werden müssen. Dazu gehören namentlich die örtlich nicht gebundenen Zweige der Gesundheitspflege, des Finanzwesens, der Bau- und Strassenverwaltung, der Kultur- und Sozialpolitik sowie der Rechtspflege.

Für "Südschleswig" würden aber noch zusätzlich hohe Finanzbeträge erfordernde Aufgaben hinzukommen, insbesondere die umfangreichen Wasserschutz- und Landgewinnungsarbeiten in der

Westküste. Schliesslich wären noch erhebliche Mittel für die Bezahlung einer besonderen Besatzungsregierung erforderlich.

Schon das jetzige Schleswig-Holstein ist ohne erhebliche Zuschüsse nicht in der Lage, die Landesregierung und ihre Aufgaben zu finanzieren. Ein Land "Südschleswig" wäre dazu noch viel weniger imstande. Im Rechnungsjahr 1946 betrug das Aufkommen an Reichssteuern in Schleswig nur etwa 140.-- RM gegen 200.-- RM in Holstein. Wenn man die Ausgaben und Einnahmen des Landeshaushalts nach dem Stande vom 1. April 1948 auf die beiden Landesteile Schleswig und Holstein aufteilt, ergibt sich für Schleswig ein noch ungünstigeres Bild. Das zeigen deutlich folgende Zahlen:

	<u>Schleswig-Holst.</u>		<u>Schleswig</u>		<u>Holstein</u>	
	Ein- nahmen	Ausgaben	Ein- nahmen	Aus- gaben	Ein- nahmen	Aus- gaben
Landeshaushalt 1947/48 (Zahlen in Mio Rm)	112,2	508,9	26,5	120,1	85,7	388,8
Neue Aufgaben infolge Auflö- sung des Zonen- haushalts		264,0	4,7	62,3	15,2	201,7
Reichssteuern	551,--	---	96,40	---	4516	---
	683,1	712,9	127,6	182,4	555,5	590,5
Mithin Fehl- bedarf		89,9		54,8		35,00
		11,6 %		30 %		5,9 %
		d. Ausgaben		d. Ausgaben		d. Ausgaben

Auf Grund dieser Finanzlage ist das Land gezwungen, einen internen Finanzausgleich zu Gunsten der schleswigschen Kreise zu Lasten der holsteinischen ständig durchzuführen.

Zwar behauptet die Denkschrift des LSH, die jetzige Landesregierung sei personell weit übersetzt, für "Südschleswig" werde sie eine kleine, billig arbeitende Regierung aufbauen, die das Land finanzieren könne. Diese Behauptung lässt sich schon mit dem

Hinweis auf das Gesetz der festen Mindestausgaben widerlegen. Es fehlt ihr aber noch aus einem anderen Grunde die Beweiskraft. Der SSW pflegt nämlich die dänische Verwaltung als vorbildlich und nachahmenswert hinzustellen. Es lässt sich aber beweisen, dass die Schleswig-Holsteinische Verwaltung sparsamer und billiger ist als die dänische. Während die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen in Schleswig-Holstein, Post und Eisenbahn eingeschlossen, gegenwärtig 83.000 beträgt, was auf die dänische Bevölkerungszahl umgerechnet rund 120.000 ergeben würde, beschäftigt Dänemark nach den unvollständigen Angaben des Statistisk Aarborg 1947 118.000 öffentlich Bedienstete. Dabei sind aber verschiedene Sparten, z.B. das gesamte Gesundheitswesen, nicht erfasst, so dass die Gesamtzahl 120.000 weit übersteigt.

Abgesehen von diesen fiskalischen Erwägungen sind Schleswig- und Holstein wirtschaftlich so stark aufeinander angewiesen, dass eine Verselbständigung Schlesiws für beide Gebiete, besonders aber für "Südschleswig", schwerste wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen müsste. Hier sei nur an die ungünstige Verkehrslage Schleswig-Holsteins, insbesondere an seine Revierferne, erinnert. Ferner sei auf die enge Verzahnung der gewerblichen Wirtschaft hingewiesen. Dasselbe gilt von der Wasserwirtschaft, die beispielsweise im Eidergebiet durch zwei Landesregierungen nicht ordnungsmässig durchgeführt werden könnte, von der Kraftversorgung, dem Strassenbau und vielem anderen. Die Eidergrenze würde eine natürliche wirtschaftliche Einheit willkürlich auseinanderreißen.

Aus allem diesem folgt, dass "Südschleswig" als selbständiges Land nicht lebensfähig wäre. Es müsste sich nach Norden oder Süden wirtschaftlich eng anlehnen. Nach der ganzen Tendenz des Antrages und des SSW kann kein Zweifel bestehen, dass eine Anlehnung an Dänemark erstrebt wird.

V.

Die Flüchtlingsfrage

Als entscheidenden Gesichtspunkt für die Verselbständigung von "Südschleswig" führt der SSW die starke Belastung mit Flüchtlingen

an. Die Eingabe verlangt Verminderung des Flüchtlingsdrucks für Südschleswig. Das gleiche Ziel verfolgt die Landesregierung für ganz Schleswig-Holstein. Als bald nach der Kapitulation setzten die unablässigen Bemühungen um einen gerechten Flüchtlingsausgleich innerhalb der Westzonen ein. Dies ist so bekannt, dass der kurze Hinweis genügt. Auch amtliche britische und dänische Stellen haben diese Bestrebungen anerkannt. Insoweit stösst die Forderung des SSW offene Türen ein.

Vom SSW und von dänischer Seite werden nun aber Behauptungen aufgestellt, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Man erklärt, die besonders starke Belegung "Südschleswigs" sei absichtlich herbeigeführt, um die dänische Bewegung zu unterdrücken; die Kreise an der Grenze seien bedeutend stärker mit Flüchtlingen belegt als Holstein. Die der Eingabe beigelegte Übersicht zeigt für Südschleswig eine Bevölkerungszunahme von 96,7 %, für Holstein eine solche von 86,3 %. Um aber eine vergleichbare Grundlage zu erhalten, ist es nötig, die grossen Städte Holsteins, Kiel, Neumünster und Lübeck, die unter den Zerstörungen des Krieges besonders gelitten haben, aus der Berechnung herauszunehmen. Geschieht das, beschränkt man also den Vergleich auf die allein aufnahmefähigen Landkreise, so ergibt sich eine stärkere Belegung der holsteinischen Kreise. Holstein verzeichnet dann gegenüber 1939 eine Bevölkerungszunahme von 92 %, Schleswig von 85 %. Von einer absichtlichen Benachteiligung der nördlichen Kreise Schleswigs kann also keine Rede sein; um so weniger, als der Landesregierung jeder Einfluss auf die Wahl der eingeschleusten Flüchtlinge und ihre Verteilung entzogen war. Dies regelte die Militärregierung in ausschliesslicher Zuständigkeit.

So berechtigt die Forderung auf Entlastung von Flüchtlingen ist, so verwerflich ist es, diese Forderung auf Südschleswig zu beschränken. Die Flüchtlingsnot ist gesamtdeutsche Not. Die Forderung nach gerechter Verteilung der Flüchtlinge auf die Westzonen ist eine Forderung ganz Schleswig-Holsteins und nicht nur "Südschleswigs". Es besteht somit zwischen der Flüchtlingsfrage und der angestrebten Bildung eines Landes "Südschleswig" kein Zusammenhang.

Für Südschleswig eine Bevölkerungszunahme von 96,7 %, für Holstein eine solche von 86,3 %.

Um aber eine vergleichbare Grundlage zu erhalten, ist es nötig, die grossen Städte Holsteins, Kiel, Neumünster und Lübeck, die unter den Zerstörungen des Krieges besonders gelitten haben, aus der Berechnung herauszunehmen.

Geschieht das, beschränkt man also den Vergleich auf die allein aufnahmefähigen Landkreise, so ergibt sich eine stärkere Belegung der holsteinischen Kreise. Holstein verzeichnet dann gegenüber 1939 eine Bevölkerungszunahme von 92 %, Schleswig von 85 %.

Die Forderung entbehrt aber auch der moralischen Berechtigung. Wenn der Nationalsozialismus für den Krieg verantwortlich ist, dann hat auch die Bevölkerung Südschleswigs an dieser Verantwortung teil. Kein deutscher Landesteil zeigte unmittelbar vor und nach der Machtübernahme Hitlers einen so hohen nationalsozialistischen Stimmenanteil wie "Südschleswig".

Es wurden für die NSDAP abgegeben (in % der abgegebenen gültigen Stimmen)

	am 31.7.32	am 3.3.33
Reichsdurchschnitt	37,3 %	43,9 %
Holstein	49,8 %	50,9 %
Schleswig	61,6 %	63,1 %.

In einzelnen Ortschaften Südschleswigs gaben schon 1932 100 % der Wahlberechtigten ihre Stimme für Hitler ab. In den gleichen Orten gaben dieselben Leute bei den Wahlen nach 1945 ihre Stimme der SSV! Angesichts dieser Umstände kann die Forderung auf Verminderung des Flüchtlingsdrucks nur als Widerspruch zur politischen Moral bezeichnet werden.

Nach allem steht fest:

Eine Südschleswigfrage gibt es nicht.

Die Bildung eines von vornherein lebensunfähigen Landes "Südschleswig" wäre nur die Vorstufe für die von namhaften Mitgliedern der SSW offeneratretrebe Angliederung an Dänemark.

Die Forderung wird von Kreisen unterstützt, die die Katastrophe von 1945 mit herbeigeführt haben und die sich jetzt ihren Folgen entziehen wollen.